

Agrotreibstoffe, die schädliche Scheinlösung

Autor(en): **Suhner, Stephan**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Energie & Umwelt : das Magazin der Schweizerischen Energie-Stiftung SES**

Band (Jahr): - **(2008)**

Heft 3: **Energieforschung Schweiz**

PDF erstellt am: **13.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-586533>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Agrotreibstoffe, die schädliche Scheinlösung

Obschon Agrotreibstoffe Energie liefern, überwiegen die Nachteile dieser Energiequelle. Menschenrechtsverletzungen, gewaltsame Landenteignung und Armut in grossen Bevölkerungsschichten sind nur ein Teil davon.

Von **STEPHAN SUHNER**
Arbeitsgruppe Schweiz-Kolumbien,
fachstelle.bern@askonline.ch

Agrotreibstoffe werden in letzter Zeit kontrovers diskutiert. Für die Befürworter sind sie die Lösung für die Klima- und Energiekrise, andere sehen darin die Möglichkeit der Armutsreduktion und langfristig sichere Einkommen für die Bauern. Die Kritiker bringen ins Feld, dass viele Agrotreibstoffe viel mehr Treibhausgase produzieren, als bei deren Verbrennung eingespart wird, und auch massive Umweltauswirkungen zur Folge haben, wie etwa die Boden- und Wasserbelastung. Zudem wird argumentiert, dass gar nicht genügend Flächen bereitstehen, um ausreichende Mengen Agrotreibstoffe zu produzieren, weshalb schon heute eine Konkurrenz zwischen Nahrung und Energie vom Acker besteht, was letztlich auch zu den gestiegenen Lebensmittelpreisen führte.

Die Folgen der Agrotreibstoffproduktion

Kleinbauern werden durch den erhöhten Landbedarf des Agrobusiness von ihrem Land vertrieben; der Lebensraum von ländlichen und indigenen Gemeinschaften beschnitten und der Anbau immer mehr in wertvolle Ökosysteme hinein vorangetrieben. Dies führt zu breiter Verarmung, vermehrten Konflikten,

gewaltsamer Unterdrückung und miserablen Arbeitsbedingungen auf den Plantagen. Am Beispiel Kolumbien können viele dieser Probleme exemplarisch dargestellt werden. Kolumbien will hinter Brasilien zum zweitgrössten Agrotreibstoffproduzenten Lateinamerikas aufrücken. Einerseits hat Kolumbien Exportmärkte in den USA und Europa im Auge, andererseits will es interne Versorgungsengpässe, beispielsweise von Diesel, überwinden. Während zur Behebung des aktuellen fossilen Dieseldéfizits «lediglich» rund 1–200'000 zusätzliche Hektaren Ölpalmen (aktueller Stand etwa 400'000 Hektaren) notwendig wären, plant die Regierung aber den Anbau von sechs Millionen Hektaren Ölpalmen, nebst Zuckerrohr, Yucca und anderen Energiepflanzen. Kleinbauernverbände, Gewerkschaften und die Opposition halten diese Politik jedoch für verfehlt und setzen sich für eine tiefgründige Agrarreform sowie die Stärkung der kleinbäuerlichen Nahrungsmittelproduktion ein. Die Rechnung der billig importierten Nahrungsmittel geht für die Regierung tatsächlich immer weniger auf: Viele Grundnahrungsmittel erfuhren Preissteigerungen um mehr als das Doppelte. Dies hat den Landwirtschaftsminister aber noch nicht zum Umdenken bewegt: Statt die kleinbäuerliche Nahrungsmittelproduktion zu stärken, subventioniert er weiter die Palmöl- und Zuckerproduzenten.

Fotos: Arbeitsgruppe Schweiz-Kolumbien (ASK)

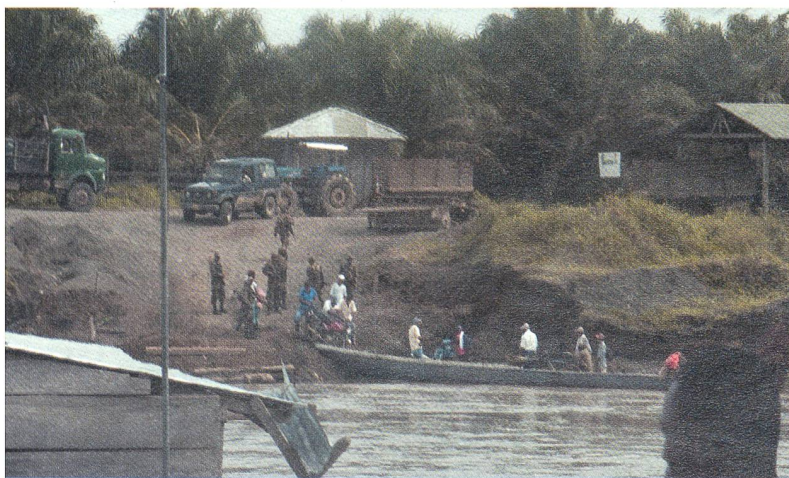


Bild links: Die militärische Kontrolle und Absicherung der Plantagen ist gross, das Team der Arbeitsgruppe Schweiz-Kolumbien (ASK) wollte den Fluss zusammen mit Rückkehrern des Curvaradó überqueren, was ihnen aber nicht erlaubt wurde. **Bild rechts:** Als die Rückkehrer endlich auf ihrem Land ankamen, war es mit Palmen bepflanzt, weshalb sie diese fällten, um wieder Nahrung anzubauen. April 2006 erste Rückkehr der Vertriebenen in den Curvaradó, die ASK hat diese Rückkehr als internationale Beobachter begleitet.

Kleinbauern als grosse Verlierer

International ist Kolumbien noch kaum konkurrenzfähig, weshalb es die Produktionskosten senken will. Durch eine systematische Verschlechterung der Arbeitsbedingungen (Ausgliederung, Lohnsenkung, Temporärverträge) sollten die Kosten gesenkt werden. Viele Unternehmen entliessen ihre Arbeiter und forderten sie auf, sich in Arbeiterkooperativen zu organisieren. Da die Kooperative für sämtliche Kosten (Sozialabgaben, Verwaltung, Arbeitskleidung etc.) aufkommen muss, bleibt den einzelnen Mitgliedern nicht einmal ein existenzsichernder Lohn. Kleinbauern und Landlose werden in verschiedene Arten von Allianzen mit Kapitalgebern, Plantagenbesitzern und Ölmühlen gezwungen, sei es indem sie ihr Land oder ihre Arbeitskraft einbringen müssen, oder indem sie Land erhalten unter der Bedingung, darauf Palmen anzubauen. Da die Abnahmepreise in diesen ungleichen Allianzen vom Unternehmer diktiert werden, geraten die Kleinbauern und Landlosen in langfristige Abhängigkeiten. Durch die gewaltsame Landwegnahme und die Zerstörung von Feuchtgebieten und Wäldern gehen der lokalen Bevölkerung wertvolle Ressourcen wie Weiden, Fisch- und Jagdmöglichkeiten verloren. Agrotreibstoffe tragen letztlich nichts zu einer ausgewogenen und sozialen Entwicklung der Regionen bei. Gebiete, wo Agrotreibstoffe produziert werden, zeichnen sich durch ungedeckte Grundbedürfnisse, defizitäre Dienstleistungen und erhöhte Gewalt aus.

Mit Gewalt zu mehr Land

Agrotreibstoffe stehen auch im Zentrum der ungleichen und gewalttätigen Grundbesitzverteilung der vergangenen 20 Jahre. Vier bis sechs Millionen Hektaren Ackerland wechselten gewaltsam den Besitzer, ohne dass bis heute effiziente Mechanismen zur Wiedergutmachung (Rückgabe des Landes an rechtmässige Besitzer, Entschädigungszahlungen) vorhanden wären. Viele Energiepflanzenplantagen kommen auf Land von Vertriebenen zu liegen, häufig werden einfache Paramilitärs auf dem

durch ihre Anführer geraubten Land als Landarbeiter eingesetzt.

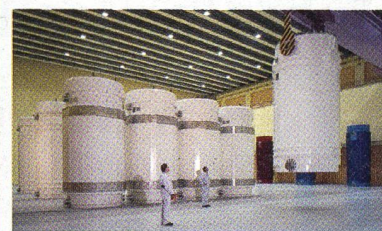
Schwerste Menschenrechtsverletzungen

Vom Agrotreibstoffboom besonders betroffen sind Indigene und Afrokolumbianer, obwohl Verfassung und Gesetze ihnen speziellen Schutz und Respekt ihrer kulturellen Rechte – u.a. kollektive Landtitel – gewähren. Die Indios im Departement Cauca kämpfen seit Jahren für eine Ausdehnung ihrer Reservate, die ursprünglich vorgesehenen Ländereien sollen nun aber der Ethanolproduktion dienen, die Regierung weigert sich, den Indigenen weiteres Land zu überschreiben. Die afrokolumbianischen Gemeinschaften des Flusslaufes Curvaradó im Departement Chocó wurden durch die Armee und Paramilitärs in mehreren Wellen seit 1997 vertrieben, obwohl sie dank kollektiver Landtitel Schutz genossen. Erst 2006 konnten die ersten Bewohner mit internationaler Begleitung zurückkehren. Sie fanden ihr Land gerodet und mit Palmen bepflanzt vor. Obwohl staatliche Kontroll- und Justizinstanzen wie auch internationale Gerichtshöfe feststellten, dass diese Gemeinschaften in ihren Menschenrechten aufs Schwerste verletzt wurden und ihnen ihr Land widerrechtlich geraubt wurde, kämpfen sie bis heute erfolglos um die Rückgabe ihres Landes und sehen sich weiteren schweren Menschenrechtsverletzungen ausgesetzt.

Keine Lösung durch Agrotreibstoffe

Die Arbeitsgruppe Schweiz-Kolumbien will mit ihrer Kampagne zu Agrotreibstoffen die öffentliche Meinung der Schweiz zu diesen Problemen sensibilisieren und eine breite Markteinführung von Agrotreibstoffen verhindern. Sie ist der Ansicht, dass Agrotreibstoffe weder für die Klima- noch für die Energiekrise eine Lösung sind und schon heute nicht wiedergutmachende Schäden verursacht haben. Es ist deshalb höchste Zeit, die Verwendung von Agrotreibstoffen zu überdenken.

Mehr dazu auf www.agrotreibstoffe.ch und www.askonline.ch <



HSK-Richtlinie: Umgang mit Atommüll zu kurzsichtig

Zurzeit revidiert die Hauptabteilung für die Sicherheit von Kernanlagen (HSK) eine Richtlinie bezüglich der Lagerung radioaktiver Abfälle (Richtlinie HSK-03). Der Entwurf ist mit den üblichen Mängeln behaftet. Im Rahmen der Vernehmlassung fordert die SES unter anderem:

- Eine zeitlich unbegrenzte Überwachung der Umwelt rund um das Tiefenlager. Im Entwurf sind lediglich 50 Jahre vorgesehen.
- Rund um ein Tiefenlager muss alles ersetzbar, reparierbar und verlängerbar sein. Es ist nicht möglich, heute die sicherheitstechnischen Entwicklungen eines Tiefenlagers vorzusehen.
- Die uneingeschränkte Möglichkeit, Atommüll wieder an die Erdoberfläche zu holen (Rückholbarkeit).
- Eine Lösung für die Markierung eines Tiefenlagers an der Erdoberfläche.

Verordnung ENSI: Kritische Stimmen bei Sicherheitsfragen ausgeschlossen

Ab dem 1. Januar 2009 wird die bestehende Hauptabteilung für die Sicherheit von Kernanlagen (HSK) in das Eidgenössische Nuklear-Sicherheitsinspektorat (ENSI) überführt werden. Die dazu nötigen Gesetze werden zurzeit geschrieben. Die SES bemängelte im Verordnungsentwurf:

- Die fehlende Transparenz und die mangelnden Mitwirkungsmöglichkeiten bei der Arbeit des ENSI-Rates. In der Vergangenheit wurde die nukleare Sicherheit oftmals nur erhöht dank Betroffenen, Interessengruppen und Fachverbänden, die auf Schwachstellen hingewiesen haben und mit Nachdruck Verbesserungen verlangten.
- Das Fehlen von atomkritischen Personen im ENSI-Rat. Während die atomkritischen Personen die maximalen Sicherheitsstandards verlangen, sind Atombefürworter in einem Interessenskonflikt: Höhere Sicherheit bedeutet oft auch höhere Kosten, was für die Atomtechnologie ein Nachteil ist.

Die vollständigen Stellungnahmen zum Herunterladen: www.energiestiftung.ch